

# Der «Untergymner» ist reif für die Urne

Der Könizer Gemeinderat empfiehlt, die «speziellen Sekundarschulklassen» am Gymnasium Köniz - sie sind faktisch ein Untergymnasium - ersatzlos abzuschaffen. Aber er will das Volk mitentscheiden lassen.

## Marc Lettau

Die Gemeinde Köniz leistet sich für den besonders lernwilligen Teil seiner Jugend gleich zwei Wege, die direkt ins Gymnasium führen: Einerseits werden Schülerinnen und Schüler an den Oberstufenzentren auf den Übertritt vorbereitet. Andererseits führt Köniz «spezielle Sekundarschulklassen» am Gymnasium Köniz-Lerbermatt. Dem Wesen nach sind diese Spez-Sek-Klassen ein faktisches Untergymnasium, obwohl im bernischen Bildungswesen kein Untergymnasium mehr vorgesehen ist. Sämtliche Gemeinden haben sich vom «Untergymner» in seiner ursprünglichen Form verabschiedet - ausser Köniz. Doch nun wird er auch hier vom Gemeinderat als Auslaufmodell angezählt.

## Zwei Wege, gleiche Chancen

Der Gemeinderat legt nämlich ein revidiertes Bildungsreglement vor, das die ersatzlose Abschaffung der Spez-Sek-Klassen fordert. Sowohl pädagogische wie finanzielle Gründe sprächen für die Abschaffung. Zu den Hauptgründen zählt das Bekenntnis zur Integration.

Sowohl Kinder mit schulischen Defiziten wie auch Kinder mit ausserordentlichen Begabungen profitierten von der Integration in die Regelklassen: «Die Integration fördert erwiesenermassen die Sozial- und Selbstkompetenz aller Schülerinnen und Schüler.» Weiter führt die Behörde ins Feld, die Schülerinnen und Schüler, die aus den Oberstufen aufs Gymnasium vorbereitet würden, seien schulisch gleich erfolgreich wie jene, die vor dem Übertritt die Spez-Sek-Klasse besuchten. Nicht zuletzt dank der bisherigen Doppelspurigkeit lasse sich dies belegen. Schliesslich argumentiert der Gemeinderat auch finanzpolitisch. Köniz müsse und wolle sparen. Die Doppelspurigkeit in der Mittelschulvorbereitung kostete die Gemeinde jährlich 350 000 Franken. Diese Summe will sich der Gemeinderat nicht mehr leisten.

## IG mobilisiert seit Wochen

Es braucht keine prophetische Gabe, um vorauszusagen, dass die vom Gemeinderat vorgeschlagene Abschaffung der Spez-Sek-Klassen sehr hohe Wellen werfen wird. Die Frage ist emotional hoch

aufgeladen. Die Anhängerinnen und Anhänger einer frühen Weichenstellung hin zum elitären Bildungsweg sehen in der Abschaffung der Spez-Sek-Klassen einen Bildungsabbau. Ein Komitee um den freisinnigen Parlamentarier Hans-Peter Kohler mobilisiert seit Wochen all jene, die ihre Sprösslinge in einem möglichst gymnasialen Umfeld zur Schule schicken wollen. Seine Interessengemeinschaft droht mit einer Volksinitiative zugunsten der Spez-Sek.

## Möglichst rasch vors Volk

Dass das Thema Spez-Sek die Gemüter bewegt, weiss selbstverständlich auch der fürs Schulwesen zuständige Gemeinderat Ueli Studer (SVP). Er sagt auf Anfrage, beide Seiten hätten gute, nachvollziehbare Argumente. Welche Argumente ihn am meisten überzeugten, spiele eine untergeordnete Rolle, sagt Studer und lässt damit ausser Zweifel, dass er in Sachen Spez-Sek genau der vom Gesamtgemeinderat erarbeiteten Linie folgen will. Allerdings betont Studer gerne, wie sehr der Gemeinderat in einem Punkt den Kritikern entgegengekommen sei.

Man schlage dem Parlament vor, was viele Spez-Sek-Anhänger schon lange vehement fordern: die umstrittene Frage möglichst rasch dem Volk vorzulegen. Vom Parlament erhofft sich der Gemeinderat also, dass es eine Volksabstimmung verlangt und den Souverän nicht bloss mit Verweis auf die beschwerliche Möglichkeit des Referendums vertröstet.

## Neue Superkommission

Worüber können sich Bildungsinteressierte in Köniz sonst noch echauffieren? Gewicht hat sicher der Vorentscheid des Gemeinderats, die heutigen sechs Schulkommissionen aufzulösen und durch eine einzige Kommission zu ersetzen. Ziel dieses Schrittes sei es, die Rolle der Schulleitungen zu stärken. Eine mögliche Frage sei, ob die vom Gemeinderat vorgeschlagene neunköpfige Kommission genüge, um die lokale Verankerung zu garantieren, mutmasst Studer. Gleichzeitig gelte es zu verstehen, was der Schritt im Grundsatz heisse: «Im Grundsatz ist es ein Ja des Gemeinderats zu dezentralen Schulen und ein Ja für mehr Unterstützung der Schulleitungen.»